

Anwesend:

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Oberbürgermeister Eberhard Menzel
1. Bürgermeister Fritz Langen

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordneter Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Marita Hirsch
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Dr. Michael Schadewaldt
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Gerold Tholen
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Astrid Mohr

Mitglied der NPD

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Jens Graul

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter Peter Gniech - 10

Fachbereichsleiter Arnold Preuß - 13

Werkleiter Hergen Strodthoff - 17

Fachbereichsleiter Jörg Valnion - 20

Stellv. Amtsleiter Udo Weiß - 14

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs - 02

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

2. Bürgermeister Werner Biehl

Ratsmitglied Hartmuth Sager

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 11

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 5.1 Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung der "RNK Städtische Kliniken gGmbH" und Änderung des Gesellschaftsvertrages
- 5.2 Änderung der Geschäftsordnung des Rates
- 5.3 Auflösung des Ausländerbeirates
- 6.1.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis
- 6.1.2 Abberufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes
- 6.1.3 Berufung des Leiters/der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes
- 6.1.4 Aufhebung einer selbstständigen Dienststelle im personalvertretungsrechtlichen Sinne
- 6.2.1 Stadtumbau Wilhelmshaven: Abschlussbericht zum ExWoSt Forschungsfeld Stadtumbau West
- 6.2.2 Stadtumbau West - Programmanmeldung des Bereichs Jadeallee / Wiesbadenbrücke / Innenhafen
- 7.1 Kleine Anfrage von Herrn Janssen zur Zusammenarbeit von Stadt, Initiativen und Parteien gegen Rechts
- 7.2 Kleine Anfrage von Herrn Janssen: Bewerbung der Stadt um Mittel aus dem Fonds "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie"
- 7.3 Kleine Anfrage von Herrn Janssen zur Werbung für die Erotikmesse
- 7.4 Kleine Anfrage von Herrn Janssen zur Umsetzung des Rauchverbotes
- 7.5 Kleine Anfrage von Herrn Janssen zur Kommerzialisierung von Freizeitangeboten

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman teilte mit, der Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zum Tagesordnungspunkt 5.1 werde zurückgezogen.

Beschluss: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.09.2007

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.09.2007 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Beratungsgegenstände zur aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

5.1 Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung der "RNK Städtische Kliniken gGmbH" und Änderung des Gesellschaftsvertrages

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

5.2 Änderung der Geschäftsordnung des Rates

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.10.2007 vor.

Herr Tjaden bezog sich auf die in Anlage 1 genannten Dateiformate und bat sicherzustellen, dass dort die gängigen Versionen aufgelistet seien.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügten Änderungen der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

5.3 Auflösung des Ausländerbeirates

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.10.2007 vor.

Herr Dr. von Teichman, Frau Hirsch, Herr Reese und Oberbürgermeister Menzel lobten übereinstimmend die erfolgreiche Arbeit des Ausländerbeirates in der Vergangenheit. Aufgrund nachlassender Resonanz habe dieser Schritt bedauerlicherweise folgen müssen, doch mit dem Integrationsrat werde die Integrationsarbeit auch in Zukunft fortgeführt.

In Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Janssen ging Oberbürgermeister Menzel kurz auf die Unterschiede zwischen Ausländerbeirat und Integrationsrat ein. Nach Konstituierung des Integrationsrates werde auch der genaue Tätigkeitsbereich dieses Gremiums festgelegt werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt, den Ausländerbeirat mit sofortiger Wirkung aufzulösen. Die Aufgabenschwerpunkte des Beirates werden zukünftig von dem Netzwerk für Integration wahrgenommen.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen

6.1.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis

Herr Felbier trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 02.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Lars Schomburg ist zum stellvertretenden Ortsbrandmeister unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter auf Zeit für die Dauer von zwei Jahren zu ernennen.
Die Ernennung erfolgt zunächst kommissarisch.

6.1.2 Abberufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes

Herr Felbier trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 02.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Erwin Wothe ist als Prüfer und gleichzeitig als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes mit Ablauf des 31.10.2007 abzuberaufen.

6.1.3 Berufung des Leiters/der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Stelle mit Herrn Udo Weiß zu besetzen, wurde im Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen abgelehnt. Der Verwaltungsausschuss hatte den Vorschlag gleichwohl angenommen, so dass Herr Prof. Reuter als Sprecher des Verwaltungsausschusses den Beschlussvorschlag vom 15.10.2007 vortrug.

Herr Hartmann trug an den neuen Leiter des Rechnungsprüfungsamtes die Bitte heran, die Rechnungsprüfungsordnung zu überarbeiten, da das bisher verwendete Modell mittlerweile stark veraltet sei.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erfreut, dass nach den im Vorfeld geführten Diskussionen nunmehr Einigkeit über die Person des Nachfolgers herrsche. An diesen appellierte er, die Strukturen des Rechnungsprüfungsamtes kritisch zu betrachten und sich der Herausforderung durch die zahlreichen neuen Aufgaben zu stellen.

Herr Adam mahnte, nicht bereits vor der endgültigen Beschlussfassung die Ansprüche zu hoch anzulegen. In diesem Zusammenhang wolle er dem Nachfolger jedoch das Vertrauen des Rates aussprechen.

Nachdem Herr Weiß einstimmig zum neuen Leiter des Rechnungsprüfungsamtes berufen worden war, legte dieser in einer kurzen Antrittsrede seine Ziele dar und dankte für das entgegengebrachte Vertrauen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Udo Weiß

ist gem. § 118 Abs. 2 NGO als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes zu berufen.

Die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes impliziert zugleich die Berufung als Prüfer.

6.1.4 Aufhebung einer selbstständigen Dienststelle im personalvertretungsrechtlichen Sinne

Herr Felbier trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 02.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Erklärung der Bauverwaltung zu einer selbstständigen Dienststelle im personalvertretungsrechtlichen Sinne wird aufgehoben.

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen

6.2.1 Stadtumbau Wilhelmshaven: Abschlussbericht zum ExWoSt Forschungsfeld Stadtumbau West

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 11.09.2007 vor.

Herr Schmidt lobte das Konzept als gut erarbeitet und hilfreich, um vorhandene Probleme zu lösen, aber auch um neue Wege zu beschreiten. So stellten der Ausgleich der in den vergangenen Jahren verlorenen Arbeitsplätze wie auch die Verringerung der Leerstände in den Geschäftsstraßen wichtige Aufgaben der Stadt dar. Hier seien Bürger, Politik und Verwaltung gleichermaßen gefordert, dem Strukturwandel entgegen zu treten und mögliches Entwicklungspotential auszunutzen. Um Fördergelder richtig und sinnvoll einzusetzen, sei die Benennung von Schwerpunkten unverzichtbar. Dabei stelle die Entwicklungsgesellschaft Wilhelmshaven Südstadt trotz ihrer Anlaufschwierigkeiten ein wichtiges Instrument dar. Er appelliere dabei, den Problemdruck nicht erst wachsen zu lassen, sondern frühzeitig die Initiative zu ergreifen und die Bürger daran zu beteiligen. Dies habe im Bereich „Stadtumbau West“ bereits gut funktioniert.

Ein weiteres Schwerpunktthema des Berichtes liege im Bereich „Jadestraße/Wiesbadenbrücke/Innenhafen“. Begrüßenswert sei hier, dass das Land nunmehr einen großen Teil der Maßnahmen trage und die Stadt lediglich ein Drittel der anfallenden Kosten übernehmen müsse, was eine weitere Festigung der Planungssicherheit bedeute. So könne nunmehr der weitere Ausbau der Anbindung von Innenstadt und Wasser in Angriff genommen werden.

Abschließend rief Herr Schmidt dazu auf, diesen Bericht als Chance zu nutzen, das Potential der Stadt weiter auszubauen.

Herr Radmer erinnerte an einen Zwischenbericht aus dem Jahre 2005, der zahlreiche Empfehlungen der Verwaltung enthalte, welche wiederum aus der Zusammenarbeit mit Bürgern entstanden waren. Dieser Bericht habe aber seiner Meinung nach im Abschlussbericht nicht ausreichend Würdigung erfahren. Dies bedaure er, da somit zahlreiche gute Vorschläge aus der Öffentlichkeit nicht weiter verfolgt würden. Dennoch wolle er ausdrücklich die gute Vorarbeit der Bereiche „Stadtplanung“ sowie „Statistik und Wahlen“ für den Abschlussbericht loben.

Herr Kottek erklärte, auch der Zwischenbericht werde nicht unbeachtet gelassen.

Einige der dort genannten Maßnahmen seien bereits umgesetzt worden beziehungsweise befänden sich auch nach Fertigstellung des Abschlussberichtes im Bearbeitungsprozess. So würden auch Anregungen, die von Bürgern eingebracht worden seien, dem zuständigen Fachausschuss zur Kenntnis vorgelegt werden. Der Abschlussbericht hingegen sei allein aufgrund rechtlicher Erfordernisse bereits zum jetzigen Zeitpunkt erstellt worden. Auch wenn nicht alle dort genannten Punkte umgesetzt werden könnten, haben für die Stadt doch gute Modelle und Lösungsansätze in diesem Bericht aufgezeigt werden können.

Herr Dr. Graul ergänzte, der Abschlussbericht habe nicht zuletzt auch eine Grundlage für die Schulentwicklungspolitik dargestellt. Hier sei das Projekt Schulentwicklung durch die Mitarbeiter des „Zukunftsdialoges“ fachlich und zielgerichtet begleitet worden, ohne deren Hilfe ein solch zeitnahes Ergebnis nicht hätte erreicht werden können.

Herr Adam lobte den Abschlussbericht als Erfolgsmodell. Besonders solle dieser aber als Appell gesehen werden, den für die Südstadt eingeschlagenen Weg weiterzuführen. Im folgenden nannte Herr Adam diverse Beispiele für Projekte, die mit Hilfe dieses Vorhabens auf den Weg gebracht und fortgeführt wurden.

Herr Radmer betonte abschließend, wie wichtig die Fortführung des Vorhabens sei. Der Stadtumbau müsse unter Einbindung der Bevölkerung weiter forciert werden.

Oberbürgermeister Menzel nannte Beispiele für die erfolgreiche bisherige Arbeit dieses Projektes. Einen Stillstand könne er nicht erkennen. Vielmehr werde der bisher eingeschlagene Weg weiter verfolgt, auch unter Einbeziehung der Bürger.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Abschlussbericht über das Forschungsvorhaben Stadtumbau West in Wilhelmshaven wird zur Kenntnis genommen (Anlage).

6.2.2 Stadtumbau West - Programmanmeldung des Bereichs Jadeallee / Wiesbadenbrücke / Innenhafen

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.10.2007 vor.

Herr Dr. von Teichman machte auf zwei Punkte aufmerksam, die seine Fraktion nicht mittragen könne: Zum einen wolle er den Erhalt der Kleingärten und die Beteiligung der Pächter bei den Planungen sichergestellt wissen, zum anderen halte er die in der Anlage beschriebene Öffnung des Grodendamms für nicht zukunftsweisend. Abschließend verlieh er seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Stadt die Planungshoheit für den Bereich der Wiesbadenbrücke behalten möge.

Herr Kottek erläuterte anschließend den Beschlussvorschlag. Hinsichtlich der Kostenübersicht fügte er erklärend hinzu, dass es sich dabei vorerst um eine grobe Einschätzung handle. Die Einzelheiten würden erst in einem zweiten Schritt in einem noch zu erstellenden Rahmenplan aufgeführt werden. Die Aufstellung sei somit noch nicht verbindlich, sondern jederzeit veränderbar. Lediglich die Höhe der geplanten Mittel sei festgelegt.

Herr Tjaden bat, auch den Bereich rund um die Südzentrale aufzuwerten und das dortige Potential zu nutzen. Jedoch werde auch seitens der BASU die Aufnahme des Bereichs der Kleingärten als problematisch eingeschätzt. Seine Fraktion werde aus diesem Grunde die heutige Beschlussfassung ablehnen.

Herr Kottek wies darauf hin, dass im Rahmen des „Stadtumbau West“ nur das Gebiet beiderseits der Jadestraße betroffen sei. Die Südzentrale falle daher nicht in diesem Zuständigkeitsbereich und müsse davon unabhängig betrachtet werden.

Oberbürgermeister Menzel bestätigte dies und ergänzte, auch der für die Kleingärten geplante Ansatz sei rein planerisch. Dies habe keine Verpflichtung zur Folge, diesen tatsächlich auszunutzen.

Herr Neumann betonte abschließend ausdrücklich, dass mit diesem Beschluss nicht über die Entfernung der Kleingärten am Banter See entschieden werde; vielmehr gehe es um die Anmeldung von Fördergeldern.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Aufnahme des Stadtumbaugebietes in das Städtebauförderungsprogramm 2008 – Programmkomponente Stadtumbau West - zu beantragen. Die Stadt Wilhelmshaven wird den nicht durch Einnahmen und Fördermittel gedeckten Kostenanteil der Gesamtmaßnahme übernehmen. Für die Dauer des Sanierungsverfahrens wird sie daher den städtischen Eigenanteil an der Städtebauförderung von 1/3 übernehmen. (Anlage 1)

7 Kleine Anfragen7.1 Kleine Anfrage von Herrn Janssen zur Zusammenarbeit von Stadt, Initiativen und Parteien gegen Rechts

Herr Janssen trug folgende Kleine Anfrage vor:

„Durch verschiedene Veröffentlichungen der Stadt ist beim „Netzwerk gegen Rechts“ der Eindruck entstanden, die Stadt benötige nicht die Aufforderungen des Netzwerk, um gegen Rechtsaußen aktiv zu werden. In Sachen Eishalle hatte das Netzwerk alle politischen Parteien zu einem Treffen eingeladen, aber nur die Parteien des linken Spektrums waren gekommen. In den Städten Melle, Delmenhorst und Osnabrück – überall, wo von Rechtsaußen mobilisiert wird – gibt es inzwischen ein enges Miteinander von Initiativen, Parteien und Stadtverwaltungen.

Meine Frage nun an die Verwaltung: Ist ein Zusammenarbeit mit Initiativen und Parteien denkbar und wünschenswert? Wenn ja, von wem sollte die Initiative einer Zusammenarbeit ausgehen?“

Oberbürgermeister Menzel beantwortete die Frage wie folgt:

„Herr Janssen, wir haben im Februar einstimmig hier im Rat eine Resolution gegen Rechtsextremismus verabschiedet. Deshalb kann es an der Bereitschaft der Stadt Wilhelmshaven, der Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven, mit Initiativen und Parteien zusammenzuarbeiten, die die gleichen Ziele verfolgen, keinen Zweifel geben. Es hat allerdings Äußerungen des „Netzwerkes gegen Rechts“ gegeben, die Stadt Wilhelmshaven zu einem bestimmten Verhalten bei dem Thema Eishalle bewegen zu wollen. Dagegen hat die Stadt Wilhelmshaven in einem Satz einer Presseerklärung Stellung bezogen. Im Übrigen haben wir es bei dem Thema Versteigerung der Eishalle für eine bessere Strategie gehalten, ohne öffentliche Erklärungen zu arbeiten. Dies scheint durch die Nichtvergabe des Zuschlags erfolgreich gewesen zu sein.

Im Übrigen hat es eine Einladung des Netzwerks an die Stadt und/oder den Oberbürgermeister nicht gegeben.“

7.2 Kleine Anfrage von Herrn Janssen: Bewerbung der Stadt um Mittel aus dem Fonds "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie"

Eine weitere Kleine Anfrage von Herrn Janssen lautete:

„Die von Rechtsaußen angesprochenen und von rechtsradikalem Gedankengut infizierten Jugendlichen dürfen nicht allein gelassen werden. Das wird zunehmend als sehr wichtig angesehen und die Bundesregierung hat dafür 19 Mill. € in einen Topf gegeben mit dem Namen: „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“.

Meine Frage an die Verwaltung: Ist der Verwaltung dieses bekannt? Hat sie sich evt. schon um Mittel beworben oder will sie es in Zukunft tun und wie würde sie diese Mittel verwenden?“

Herr Stoffers antwortete:

„Dem Jugendamt ist das Programm bekannt. Das Jugendamt hat sich in der laufenden Förderperiode 2007 nicht um Mittel beworben. Dafür waren folgende Gründe ausschlaggebend:

Es sind zur Vollfinanzierung von Projekten freier Träger kommunale Komplementärmittel zwischen 50% und 70% erforderlich, die im Haushalt 2007 nicht zur Verfügung standen.

Für Projekte von Gebietskörperschaften erfolgt die anteilige Komplementärfinanzierung durch Einbringen von Personal- und Sachmitteln. Diese standen projektspezifisch nicht zur Verfügung.

Eine Verstetigung des o.a. Projektes ist durch das Bundesministerium für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend für die Folgejahre angekündigt, allerdings zum Beantwortungszeitraum der Kleinen Anfrage noch nicht vollzogen. Insofern ist über eine zukünftige Bewerbung der Stadt Wilhelmshaven um Projektmittel noch keine Entscheidung gefallen.

In Kooperation der Stadt Wilhelmshaven mit dem Gymnasium am Mühlenweg und der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland/Wittmund fand im August und September 2007 die Ausstellung „Die braune Falle“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Wilhelmshaven statt. Knapp 2.000 Besucherinnen und Besucher konnten sich im Rahmen dieser bundesweit stark nachgefragten und als pädagogisch hochgradig wertvoll eingestuften Veranstaltung über die Gefahren des Rechtsradikalismus bei Kindern und Jugendlichen informieren.

In Kooperation mit den Fachleuten im Kriminalpräventionsrat werden Entwicklungen weiterhin beobachtet und bei Bedarf zielgerichtete Projekte entwickelt.“

7.3 Kleine Anfrage von Herrn Janssen zur Werbung für die Erotikmesse

Herr Janssen trug eine dritte Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

„Ein Plakat, das im September an W'havener Straßen für eine Sexmesse warb, war Pornographie. Überdeutlich wurde die Frau darauf reduziert auf ein Sexobjekt. Mit Erotik, wie die Messe angepriesen wurde, hatte das überhaupt nichts zu tun.

Meine Frage an die Verwaltung:

Sie zielt nicht auf ein Verbot der Sexmessen - die ja vielleicht auch positive Aspekte hat, schließlich gab es die Kommerzialisierung von Sex immer schon – sondern auf die Werbung dafür. Muss die Stadt diese Art von Werbung in der suggeriert wird, dass Sex und Erotik dasselbe seien, zulassen? Wird die Stadt zu verhindern suchen, dass so ein pornographisches Plakat im nächsten Jahr wieder zu sehen sein wird?“

Die Beantwortung erfolgte durch Herrn Dr. Graul:

„Die Plakatwerbung zu der in der Stadthalle durchgeführten Erotik-Messe erfolgt grundsätzlich über die Fa. Ströer Deutsche Städte Medien GmbH.

Der Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung koordiniert die Werbung im Rahmen der Sondernutzung, nimmt aber im Normalfall inhaltlich keinen Einfluss. Bei Antragstellung waren die Plakate im Übrigen bereits gedruckt und in diesem Fall wurde entsprechende Werbung bereits auch in anderen Städten gehängt.

Eine definitiv pornographische Darstellung wäre ein durchsetzbarer Ablehnungsgrund. Das beanstandete Plakat ist ohne Zweifel sexistisch, ob es dabei aber schon als pornographisch – gar in juristisch belastungsfähigen Kategorien - einzustufen ist, hängt sicher vom Urteil des Betrachters ab.

Nach Bewertung der Verwaltung wird das Plakat im Vergleich zu entsprechenden Bildern in Printmedien, TV oder Reklame an Bars oder Sex-Shops als noch tolerabel eingestuft. D. h die Grundlage für einen gerichtsfesten Widerruf der Sondernutzung war nicht gegeben.

Wir werden die Kritik an dem Vorfall aber zum Anlass nehmen, bei zukünftigen Anmeldungen dieser Art im Vorfeld Einfluss zu nehmen.“

7.4 Kleine Anfrage von Herrn Janssen zur Umsetzung des Rauchverbotes

Herr Janssen fragte weiter:

„Seit etwa 3 Jahrhunderten gehörte Rauchen zu einem Genuss, der kultiviert und allgemein akzeptiert wurde. So wie es eine Kultur des Weintrinkens gibt, so gab es auch eine Raucherkultur, Stichwort Rauchersalons, Havanna usw. Jetzt hat die Wissenschaft herausgefunden, dass das Rauchen schädlich und das passive Mitrauchen noch schädlicher sei. In der Folge wird in den westlichen (vernünftigen) Ländern ein Kreuzzug gegen die Raucher geführt. Nach den Kneipen und Gasthäusern sind nun auch die Rathäuser dran und die armen Raucher, die hier

tagen, müssen ihre Zigarette im Regen zitternd an die Wand gedrückt, inhalieren
Meine Frage an die Verwaltung:

Können Sie den Rauchern unter uns nicht die Raucherwürde wiedergeben, indem Sie ihnen ein, dem Ratssaal nahe gelegenes, gut gelüftetes Raucherzimmer einrichten?“

Herr Stoffers beantwortete die Kleine Anfrage wie folgt:

„Natürlich gibt es Menschen, für die Rauchen ein Genuss ist. Ich selbst habe vor Jahren gelegentlich zur Tabakspfeife gegriffen und diese vorzugsweise mit einem Tabak geraucht, der Nase und Gaumen schmeichelt. Ich bin auch der Auffassung, dass die Anschaffung einer guten Flasche Wein nicht unbedingt der Geldanlage dienen muss. Das alles gehört jedoch nicht in den öffentlichen Raum und sollte vielmehr der Privatsphäre vorbehalten bleiben. Seit dem 01.08.2007 gilt nach dem niedersächsischen Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden. Es können unter bestimmten Voraussetzungen Raucherzimmer eingerichtet werden. Die Verwaltung beabsichtigt nicht, die entsprechenden Ausnahmevoraussetzungen vom Rauchverbot zu schaffen. Aus gesundheitlichen Gründen soll das Rauchen im Rathaus nicht unterstützt werden. Würden wir uns für die Einrichtung eines Raucherzimmers entscheiden, dann müsste diese Regelung für alle Nutzer gelten, nicht nur für die Ratsmitglieder, sondern natürlich auch für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Einrichtung von Raucherzimmern dürfte dann nicht nur auf das Rathaus beschränkt bleiben, vielmehr müssten in allen städtischen Gebäuden entsprechende Zimmer vorgehalten werden, die dann für andere Zwecke nicht zur Verfügung stünden. Bereits jetzt besteht Raummangel. Vielmehr setzt die Stadt für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf gesundheitsfördernde Angebote statt auf Unterstützung des Rauchens. So wird im November für die städtischen Bediensteten zu besonderen Konditionen ein Entwöhnungskurs „Rauchfrei im Kopf“ angeboten, an dem bei Interesse auch gerne Ratsmitglieder teilnehmen können.“

7.5 Kleine Anfrage von Herrn Janssen zur Kommerzialisierung von Freizeitangeboten

Die letzte Kleine Anfrage von Herrn Janssen lautete:

In Wilhelmshaven ist viel los: man kann das Theater besuchen, ins Kino gehen oder zum Schwimmen ins Nautimo. Aber das kostet Geld. Man kann ins Pumpwerk gehen oder in Konzerte aller Art, aber es kostet. Man kann sich den Bauch voll schlagen mit Labskaus und auf Windjammern eine Runde drehen, wenn man Geld hat. Diese Liste ließe sich beliebig fortführen, jede Woche gibt es Billigparties, aber jede Woche geht das auch ins Geld.

Die LAW hat die Kommerzialisierung fast jeder Kulturäußerung diskutiert und die folgende Frage als Ergebnis unserer Diskussion formuliert.

Meine Frage an die Verwaltung:

Ist es möglich, die Freizeit dazu zu bewegen, im nächsten Jahr auf dem Rathausplatz einen Handwerker- und Künstlermarkt umsonst zu organisieren? Thema: "Handwerker und Künstler aus Wilhelmshaven und umzu stellen sich vor", z.B. Heimdrechsler- Schreiner, Maler, Musiker, Sänger, Schauspieler, Fahrradtüftler, Computertüftler, Imker, Gärtner, Spieler aller Art von Schach zu Skat zu Bridge zu Boule, Hühner- u. Kaninchenzüchter, Eisenbahnfreunde, Segler, Boxer, Hausmusiker etc. etc..

Ziel einer solchen Veranstaltung wäre es, selbst aktiv zu werden, statt „nur“ zu konsumieren. Einen Versuch wäre es wert, findet die LAW.

Herr Dr. Graul beantwortete die Anfrage folgendermaßen:

„Die Aussage, dass alle kulturellen Veranstaltungen „Geld kosten“ kann so nicht geteilt werden.

Gerade im Kulturbereich gibt es mehrere Veranstaltungen, zu einzelnen Segmenten, die kostenfrei für die Besucher sind und zum „selbst aktiv werden“ auffordern.

Beispiele:

- *Das Kulturkarussell, die jährliche Veranstaltung rund um Stadttheater, VHS, Bücherei und Kunsthalle zur Eröffnung der neuen Theaterspielzeit*
- *Das Maritime Fun-Sport-Festival am Südstrand mit kostenfreien Sportangeboten)*
- *der Künstlermarkt im vorletzten Jahr in der Freiherr-v.-Stein-Schule mit zahlreichen Künstlern (Malern), der leider auf ein geringes Publikumsinteresse stieß*
- *Wochenende an der Jade (mit vielen kostenfreien Angeboten; solange nicht konsumiert wird - wie auch auf einem Handwerker -und Künstlermarkt)*

Von daher bezweifelt die Verwaltung ganz stark, ob es für eine Veranstaltung wie sie der LAW vorschwebt, überhaupt einen Bedarf gibt.

Aktuelles Beispiel: im Mai dieses Jahres hat die WTF einen Öko- und Bauernmarkt unter Einbeziehung von Handwerkern und Künstlern auf dem Pumpwerk-Gelände angeboten. Die Erfahrung zeigte, dass selbst bei äußerst moderater Preisgestaltung sogar unter den Selbstkosten des Veranstalters wegen der geringen Nachfrage- und Gewinnerwartung nur sehr schwer, Standbeschicker für solche Märkte gewonnen werden können.

Im Übrigen: Auch ein Handwerker- und Künstlermarkt kostet den Besucher Geld, sobald es über das „reine Betrachten“ hinaus geht (z. B. Kauf von hergestellten Waren und Kunstgegenständen).

Auch die früheren Hobby-Märkte der „Freizeit“ waren in diesem Sinne nie kostenlos (umsonst), die Frage war immer, wer bezahlt: der Bürger als Bürger oder der Bürger als Steuerzahler?

Auch bei der angeregten Veranstaltung durch die Freizeit/WTF würden und gedeckte Kosten entstehen (z. B. vorbereitende Organisation, Plakate, Flyer, Sondernutzungsgebühr, Absperrungen, Reinigung, Toilettenwagen usw.).

Wie die Beispiele zeigen, sieht die Stadt Wilhelmshaven einen Grundbedarf an „umsonst und draußen“, der aber im Wesentlichen bereits gedeckt wird. Sie ist in Kontakt mit den wesentlichen Anbietern auf soziokulturellem Gebiet und ist offen für neue, ehrliche und seriöse Veranstaltungskonzepte und wird sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.“

B. Einwohnerfragestunde

*Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)*

Es lagen keine schriftlichen Einwohnerfragen vor.

*Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)*

Da auch zur Tagesordnung keine Fragen gestellt wurden, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin